

Jahresbericht

2009

Evangelische Stadtmission und Gemeindedienst Erfurt gGmbH

Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt Erfurt

Bahnhofstr.1

99084 Erfurt

Tel: 0361/5416868 Fax: 0361/5416870

e-mail: kontakt@interventionsstelle-erfurt.de

www.interventionsstelle-erfurt.de



Inhalt

1. Einleitung	3
2. Interventionsstelle Erfurt	4
▪ Aufgaben und Inhalte	4
▪ Zuständigkeitsbereich	4
▪ Personalausstattung	5
▪ Finanzierung	5
3. Statistische Daten	6
4. Kooperation und Vernetzung	12
5. Öffentlichkeitsarbeit	18
6. Fortbildung und Supervision	20
7. Ausblick	21

1. Einleitung

Im Jahr 2009 verfestigte sich die Position der Interventionsstelle Erfurt in Trägerschaft der Evangelischen Stadtmission und Gemeindedienst Erfurt gGmbH als fester Baustein im Hilfenetzwerk für Opfer häuslicher Gewalt sowohl im Zuständigkeitsbereich der PD Erfurt als auch zunehmend in der PD Jena.

Dies zeigt nicht nur die statistische Auswertung der Fallzahlen sondern vielmehr auch die Kooperation und Vernetzung, die von Kontinuität und Nachhaltigkeit gekennzeichnet ist.

Die Zusammenarbeit z.B. mit den einzelnen Polizeiinspektionen und den Amtsgerichten unseres Zuständigkeitsbereiches ist gewachsen. So ist es im Einzelfall möglich, auf sehr schnellem Weg Sicherheit für die Opfer von häuslicher Gewalt herzustellen und gegebenenfalls Vorgehensweisen abzustimmen.

Mit der abschließenden Installierung aller vier Interventionsstellen in Thüringen ist die Möglichkeit gegeben, in fachlichen Austausch zu treten, Erfahrungen auszutauschen und sich gegenseitig zu stärken. So haben wir mit der Gründung der LAG der Thüringer Interventionsstellen ein Gremium geschaffen, das nun auch politisch für die Verbesserung des Schutzes von Gewalt Betroffenen wirken und kämpfen kann.

2. Interventionsstelle Erfurt

Die Interventionsstelle der Evangelischen Stadtmission ist eine Einrichtung zur Verbesserung des Schutzes und der Sicherheit von Frauen, Männern und Kindern, die von häuslicher Gewalt betroffen sind. Charakteristisch ist Krisenintervention in Form des pro-aktiven Ansatzes, welcher einen zeitnahen Zugang zu den Betroffenen gewährleistet. Vorrangig in der Beratung sind Informationen über die rechtlichen Möglichkeiten nach dem GewSchG sowie die individuelle Sicherheitsplanung. Als Schnittstelle zwischen staatlicher Intervention und bestehendem Hilfesystem kooperiert sie mit bestehenden Einrichtungen, um längerfristige psychosoziale Beratung und Begleitung für die Betroffenen zu sichern. Die Interventionsstelle ist fester Bestandteil der Netzwerke in Erfurt, Jena, Weimar-Apolda und im Saale-Holzland-Kreis.

Aufgaben und Inhalte

- Pro-aktive Beratung: nach einem Polizeieinsatz nehmen die Mitarbeiterinnen möglichst innerhalb von 24 Stunden telefonisch Kontakt zum Opfer auf und bieten Beratung und Unterstützung an
- Beratung zu den rechtlichen Möglichkeiten nach dem GewSchG u.a.
- Gefährdungsanalyse und individuelle Sicherheitsplanung
- Psycho-soziale Beratung: Stabilisierung in einer Krise, Aufzeigen von Handlungsmöglichkeiten, Aktivieren des Selbsthilfepotentials, Erweiterung des Handlungsspielraums
- Weitervermittlung an weitere Einrichtungen
- Schulung und Fortbildung zur Sensibilisierung für die Situation der Betroffenen und zum Interventionsverlauf
- Landesweite Vernetzung mit der Koordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt, den weiteren Interventionsstellen u.a.; regionale Vernetzung

Zuständigkeitsbereich

Der Zuständigkeitsbereich der Interventionsstelle Erfurt umfasst die Polizeidirektionen Erfurt und Jena mit den dazugehörigen kreisfreien Städten Erfurt,

Weimar und Jena sowie den Landkreisen Sömmerda, Weimar Land und Saale-Holzland-Kreis. Dies entspricht einer EinwohnerInnenzahl von ca. 609.000.

Personalausstattung

Die Interventionsstelle ist mit zwei Mitarbeiterinnen ausgestattet, die sich 1,5 Vollzeitstellen teilen. Damit können Krankheits- oder Urlaubsvertretungen abgesichert werden. Erstmals absolvierte eine Studentin der FH Erfurt – Fachbereich Sozialwesen ein 14-wöchiges Praktikum in der IST. Neben der Erarbeitung von Beratungskompetenzen gestaltete sie einen Follow-Up-Bogen als Leitfaden für dieses Gespräch.

Finanzierung

Finanziert wird die Interventionsstelle aus Mitteln des Thüringer Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Familie, Landesstelle Gewaltprävention sowie aus Eigenmitteln der Evang. Stadtmission und Gemeindedienst Erfurt gGmbH.

3. Statistische Daten

In Zeitraum 01.01.09 – 31.12.09 erreichten insgesamt 295 Meldungen die Interventionsstelle Erfurt. Unter Meldungen fassen wir die von der Polizei an die IST gefaxten Einverständniserklärungen sowie die Anrufe von Personen, die sich nach Vermittlung oder aus Eigeninitiative an die Beratungsstelle gewandt haben.

Tabelle 1: Anzahl der Meldungen

Anzahl der KlientInnen insgesamt	295	
Faxe der Polizei	199 (67%)	davon 11 männlich
Selbstmeldungen	96 (33%)	davon 7 männlich

In Tabelle 1 wird deutlich, dass 67% der Betroffenen über Faxmitteilungen der Polizei, nach Einverständniserklärung der Frau, an die Interventionsstelle vermittelt wurden. 37,5% der Selbstmeldungen wurden zusätzlich durch die Polizei beim Einsatz oder bei der Anzeigenaufnahme auf die IST aufmerksam gemacht. Die restlichen 62,5% wurden durch das Jugendamt, andere Ämter und Behörden, durch Frauenberatungsstellen, Gerichte und andere Beratungsstellen an die IST vermittelt oder haben sich von sich aus an die Interventionsstelle gewandt. Insgesamt wurden also knapp 80% der vermittelten Betroffenen durch die Polizei an die Interventionsstelle verwiesen, die somit unseren wichtigsten Kooperationspartner darstellt.

94 % der Beratenen waren Frauen.

In 30 Fällen wurde eine wiederholte Beratung durchgeführt, d.h. zwischen den übermittelten Faxvordrucken der Polizei oder den Anfragen der SelbstmelderInnen lag ein Zeitraum von mindestens 3 Monaten.

Die gefaxten Einverständniserklärungen verteilen sich auf die Polizeidirektionen mit 63,5% auf die PD Erfurt, 33% auf die PD Jena, 0,5% PD Gotha, bei 3% wurden die Betroffenen pro-aktiv z.B. über das Jugendamt vermittelt, so dass eine PI-Zugehörigkeit nicht immer feststellbar war. Der durch die PD Gotha vermittelte Fall ist aus Sicherheitsgründen auf Wunsch der Betroffenen in die Interventionsstelle Erfurt vermittelt worden.

Die Aufteilung der erhaltenen Faxe auf die einzelnen Plen zeigt folgende Tabelle:

Tabelle 2: Aufteilung der erhaltenen Einverständniserklärungen auf die einzelnen Plen

PD Erfurt	Anzahl		PD Jena	Anzahl	
PI Erfurt Nord	60	30%	PI Apolda	25	13%
PI Erfurt Süd	23	11,5%	PI Eisenberg	11	5,5%
PI ZD Erfurt	18	9%	PI Jena	18	9%
PI Sömmerda	26	13%	PI Stadtroda	3	1,5%
KPI Erfurt	0		PI Weimar	8	4%
VPI Erfurt	0		PIZD Jena	0	
PD Gotha	1	0,5%	KPI Jena	0	
unbekannt	6	3%	VPI Jena	0	

Die PD Erfurt übersendete auch in diesem Jahr deutlich mehr Einverständniserklärungen als die PD Jena. Dies lässt keine Rückschlüsse auf die Häufigkeit von Fällen häuslicher Gewalt in den einzelnen PDen zu. Trotz Schulungen in den Plen Weimar und Jena konnte nur eine geringfügige Zunahme der Übermittlung von Faxen verzeichnet werden. Als Grund für das geringere Faxaufkommen gaben die Beamtinnen dieser Plen die mangelnde Bereitschaft der Betroffenen, der Datenweitergabe zuzustimmen, sowie die räumliche Entfernung der IST an. In 35 Fällen waren die Betroffenen Opfer von Stalking durch den Ex-Partner, davon wurde acht pro-aktiv Beratung angeboten.

In 162 von 199 pro-aktiven Fällen erfolgte die Kontaktaufnahme telefonisch, 28 Betroffene wurden schriftlich über das Angebot der IST informiert, in drei Fällen nahmen wir persönlich (aufsuchend) Kontakt auf. In nur sechs Fällen war die Kontaktaufnahme telefonisch nicht erfolgreich und es konnte kein schriftlicher Kontakt hergestellt werden entweder aufgrund fehlender und nicht zu ermittelnder Daten (Postanschrift) oder aufgrund Nichtannahme der Post. Grundsätzlich wird immer eine Kontaktaufnahme angestrebt.

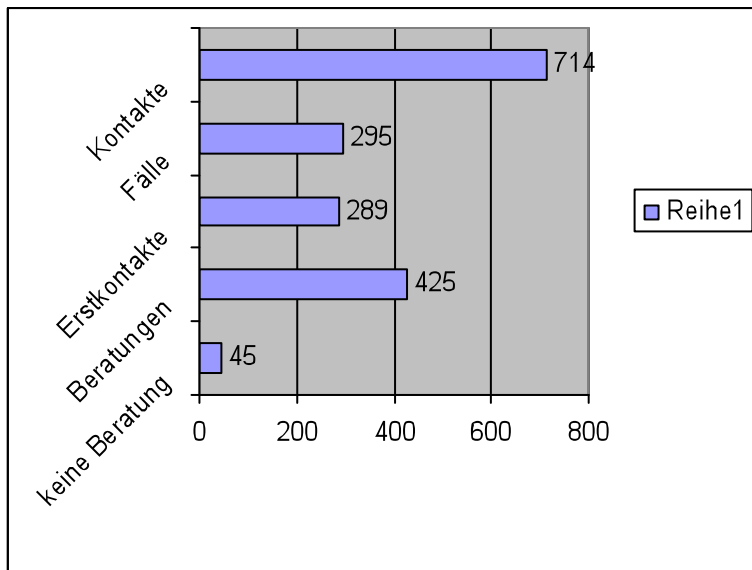
Wenn gewünscht, wurden Informationen zum Gewaltschutzgesetz sowie zu Stalking und weiteren Beratungsangeboten versandt.

Die Beratung wird sowohl telefonisch durchgeführt als auch in den Räumen der Interventionsstelle bzw. in der Umgebung der Betroffenen. Hier werden z.B.

Räumlichkeiten der örtlichen Frauenzentren oder Frauenberatungsstellen genutzt oder bei einer Wohnungsverweisung auch das häusliche Umfeld. Diese Möglichkeiten werden meist im ländlichen Bereich oder in der PD Jena genutzt.

Schaubild 1 zeigt auf, wie viele Kontakte und Beratungen stattgefunden haben:

Schaubild 1: Art und Anzahl der Kontakte



Aus 295 Fällen resultierten 289 Erstkontakte. Es gab insgesamt 714 Kontakte zu Betroffenen. Es wurden 425 Beratungen durchgeführt, davon waren 244 Erstberatungen und 181 Folgeberatungen. 45 Betroffene wünschten nach Kontaktaufnahme keine weitere Beratung.

Bei den 244 Erstberatungen hat die intensive Beratung ausgereicht oder es wurde an andere Institutionen für eine längerfristige Beratung oder Begleitung weitervermittelt. 181 Folgetermine wurden in Anspruch genommen, um die Beratung erfolgreich abschließen zu können.

Welche Beratung in welchem Ausmaß wahrgenommen wurde, zeigt folgende Tabelle:

Tabelle 3: Art der Beratung

	Erstkontakt	Tel. Beratung	Beratung in der IST	Mobile Beratung	Begleitung	Hilfekoordinierung
Häusliche Gewalt	254	180	74	26	5	71
Stalking	35	37	12	6	2	12

Die Beratungen am Telefon dauern von 15 Minuten bis zu 1,5 Stunden, in der IST meist zwischen 50 Minuten und 2 Stunden. Die mobile Beratung nahmen 32 Betroffene wahr, was höchstwahrscheinlich der Verteilung der Fälle auf die PDen geschuldet ist. Die Weitervermittlung richtet sich nach dem Bedarf und den Wünschen der Betroffenen.

Eine direkte Weitervermittlung ist nicht immer gewünscht, da manche Betroffene noch viele Dinge zu erledigen haben oder in Ruhe über alles nachdenken müssen. Ebenso sind einige Betroffene schon an ein Hilfenetz angebunden. Den Betroffenen werden stets Informationen zu anderen Beratungseinrichtungen oder Institutionen gegeben. Die Beratungen in Fällen von Stalking nehmen häufig mehr Zeit in Anspruch und machen auch des Öfteren Folgetermine erforderlich. Dies ist auf den längeren Prozess des Stalking sowie auf die daraus resultierende immer wieder neu zu machende Gefährdungsanalyse zurück zu führen.

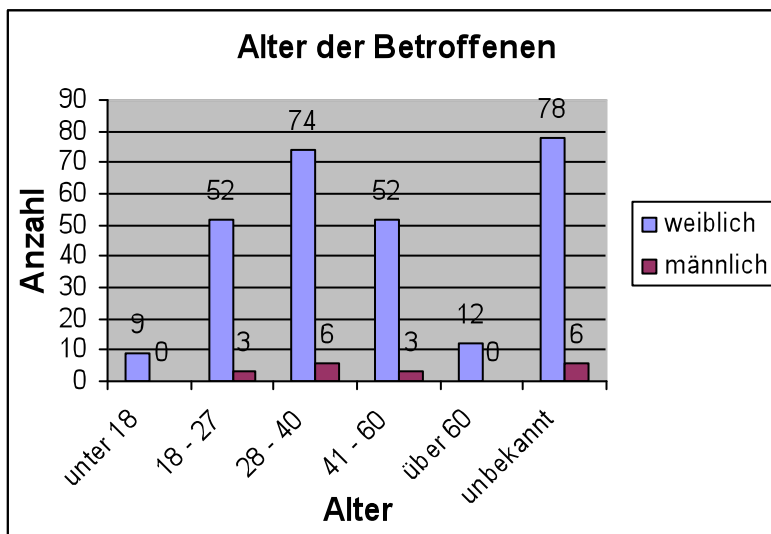
Fast immer wird in den Beratungen über die rechtlichen Möglichkeiten der Betroffenen insbesondere hinsichtlich des GewSchG informiert. In manchen Fällen vermittelten wir den Kontakt zu den Rechtspflegerinnen und klärten über die Beantragung nach den §1 und 2 GewSchG auf. In Einzelfällen begleiteten wir die Beratenen zu Gericht. Leider erhalten wir zu selten eine Rückmeldung über den Ausgang der Verfahren.

Personenbezogene Daten der Beratenen

Im Folgenden werden die personenbezogenen Daten der Beratenen wie Alter, Herkunft, Einkommen und mit betroffenen Kindern näher beleuchtet.

Das Alter der Betroffenen wird in Schaubild 2 aufgezeigt:

Schaubild 2: Alter der Betroffenen

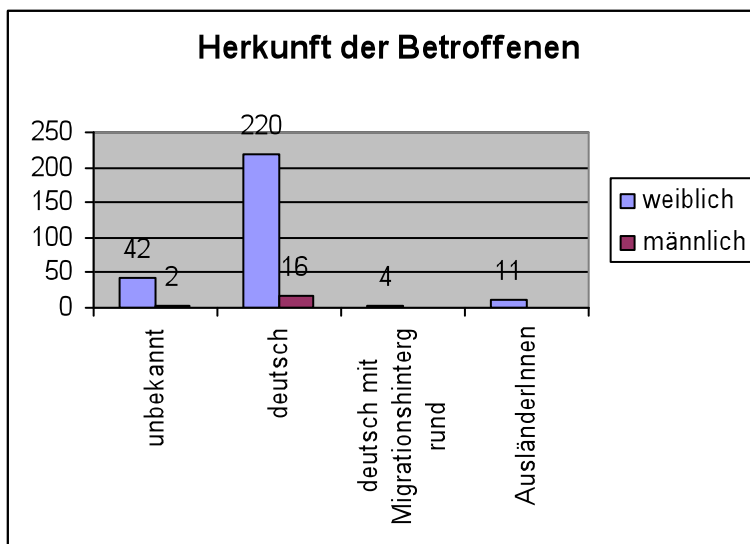


Das Schaubild zeigt, dass die Altersgruppe der 28-40 jährigen mit 27 % die meist vertretene ist, fast 65% sind zwischen 18 und 60 Jahren, in 84 (29%) Fällen war uns das Alter nicht bekannt. Die Gruppe älterer Frauen und Männer wird offensichtlich durch die Interventionsstelle nicht ausreichend erreicht.

295 Kinder waren im Jahre 2009 von der häuslichen Gewalt mit betroffen. In einigen Fällen wurde das Jugendamt verständigt oder dorthin weitervermittelt, auch konnten wir dem Gewalt erfahrenen Elternteil das Angebot des Kinder- und Jugendschutzdienstes unterbreiten.

Die Herkunft der Betroffenen zeigt Schaubild 3:

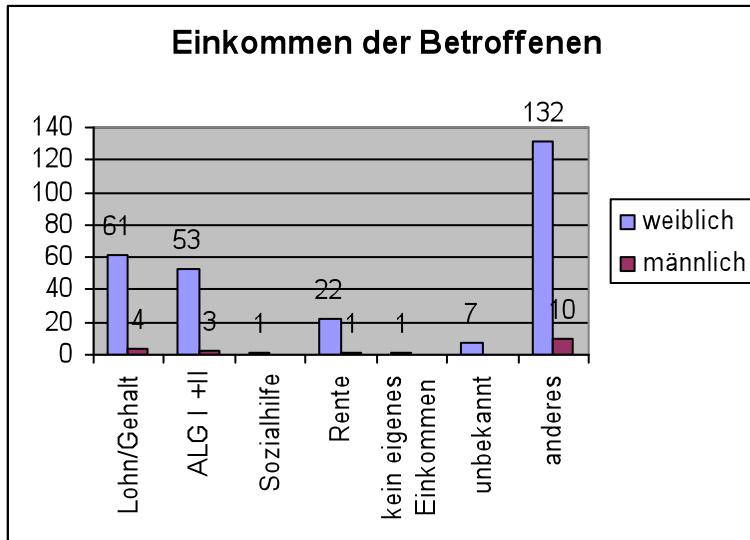
Schaubild 3: *Herkunft der Betroffenen*



Die Mehrheit der Betroffenen ist deutscher Herkunft. In nur wenigen Fällen haben AusländerInnen die Beratung in Anspruch genommen. Es ist davon auszugehen, dass dies keine tatsächliche Aussage zum Anteil der ausländischen Opfer von häuslicher Gewalt ist. In den Familien unterschiedlicher ethnischer Herkunft stellt das Thema Häusliche Gewalt evtl. ein größeres Tabuthema dar, außerdem ist die Übermittlung der notwendigen Informationen zur Einverständniserklärung der Datenweitergabe für die BeamtInnen nicht in jedem Einsatz möglich aufgrund der Sprachbarriere. Für die Beratung in der Interventionsstelle nutzen wir das Angebot verschiedener Institutionen, die Sprachmittler zur Verfügung stellen.

Nachfolgend sehen Sie in Schaubild 4 die Einkommensverhältnisse der Betroffenen. Die Zahl der unbekannten Einkommensverhältnisse ist verhältnismäßig hoch, da in den Beratungen vordergründig nicht die Einkommenssituation angesprochen wird. Bekannt wird die Einkommensverhältnisse z.B. durch die Terminvergabe bzw. die Nachfrage zur Verfahrenskostenhilfe bei der Antragstellung nach GewSchG.

Schaubild 4: Einkommensverhältnisse



Erwähnenswert ist dennoch, dass viele Betroffene berufstätig sind und im Gespräch äußerten, dass nur die pro-aktive Kontaktaufnahme dazu geführt hat, dass sie das Hilfeangebot genutzt haben.

Abschließend zeigt Tabelle 4 die Beziehung zwischen Beschuldigtem und betroffener Klientin.

Tabelle 4: Täter-Opfer-Verhältnis

	Anzahl	%
Verheiratet/Lebensgefährte	127	43%
Ehemaliger Ehepartner/Lebensgefährte	85	29%
Familienmitglied	21	7%
Anderes	30	10%
unbekannt	32	11%

Am meisten handelt es sich bei dem Täter um den Ehepartner oder den Lebensgefährten (72%), in 29% lebten die Paare nicht mehr zusammen. Unter den Familienmitgliedern waren sowohl Eltern als auch Kinder als Täter zu verzeichnen, wobei die Kinder den größeren Anteil einnehmen.

4. Kooperation und Vernetzung

Kooperation mit anderen Einrichtungen und Professionen, die das Thema Häusliche Gewalt tangiert, zählt nach wie vor zu den wichtigsten Aufgaben der Interventionsstelle. Kooperation und Vernetzung dienen der Verbesserung des Interventionsverlaufs für die Opfer durch Absprachen zu reibungslosen Weitervermittlungen, durch den fachlichen Austausch, Öffentlichkeitsarbeit und die Sensibilisierung für das Thema Häusliche Gewalt.

Koordinierungsstelle gegen Häusliche Gewalt

Die landesweite Vernetzung der Thüringer Interventionsstellen mit der Koordinierungsstelle steht maßgeblich für einen guten fachlichen Austausch und die Weiterentwicklung der Interventionsarbeit in Thüringen. In regelmäßigen Arbeitstreffen wurden der aktuelle Sachstand, neue Entwicklungen bzw. Projekte sowie Schwierigkeiten und Hindernisse in der Zusammenarbeit mit anderen Professionen besprochen. Wir haben gemeinsam an Strategien gearbeitet, die zur Überwindung der Probleme führen sollten, in dem auf vorhandene Ressourcen aller Beteiligten zurückgegriffen wurde.

Kooperationspartner Polizei

Unser wichtigster Kooperationspartner ist die Polizei. Nach Möglichkeit wurden mit allen neuen PI-Leitern sowie den PD-Leitern Gespräche bezüglich der Interventionsstellenarbeit und der Verbesserung der Zusammenarbeit geführt. Der proaktive Zugang hat sich zum Teil sehr gut etabliert, die Interventionsstelle wird als wichtiges Hilfeangebot anerkannt und genutzt.

Die Bedenken im Vorjahr der Entfernung wegen in den entlegenen Plen konnten noch nicht vollständig ausgeräumt werden, da auch die Betroffenen nach Aussage der PolizeibeamtInnen sich schwer tun, ein Hilfeangebot aus Erfurt wahrzunehmen. Im Einsatz H.G. sollten die BeamtInnen noch mehr auf die Möglichkeit der mobilen

Beratung aufmerksam machen, da unsere Erfahrungen in Einzelfällen zeigen, dass die aufsuchende Beratung als geeignete Form gerne in Anspruch genommen wird. Darüber hinaus ist eine intensive Telefonberatung durchführbar.

In den Plen Sömmerda, Weimar, Apolda und Jena wurden Schulungen zum Thema Häusliche Gewalt in den Dienstgruppen durchgeführt. Hier stellte sich als zentrales Thema für die BeamtInnen immer wieder heraus, warum Frauen sich nicht trennen und über Jahre hinweg in der Gewaltsituation verharren. Die BeamtInnen äußerten Unzufriedenheit bezüglich der Unterstützung des Platzverweises seitens der Opfer. Die Erfahrung, dass Opfer den Täter innerhalb der Frist des Platzverweises wieder in die Wohnung lassen, stellt aus Sicht der PolizeibeamtInnen die Sinnhaftigkeit dieser polizeilichen Maßnahme in Frage. Die Mitnahme des Faxvordrucks wurde teilweise als erschwerend angesehen, ebenso das Erfragen einer Einverständniserklärung in der schwierigen Situation des Opfers.

Dennoch war nach den Schulungsterminen ein erhöhter Faxzulauf erkennbar, den wir einer größeren Sensibilisierung für die Situation der Opfer sowie der Erkenntnis der Chance, die in der Interventionsstellenarbeit liegt, zuschreiben.

In Einzelfällen konnten Unklarheiten zu den Faxen (fehlende Angaben) mit den Opferschutzbeauftragten der jeweiligen Dienststelle als feste Ansprechpartnerinnen geklärt werden. Die vierteljährliche Übermittlung der Anzahl der erhaltenen Faxe erzielte nicht den gewünschten Erfolg, da keine Auswertung durch die Plen und PDen erfolgte, so dass hier kein Abgleich stattfinden konnte und weitere Überlegungen zur Optimierung der Faxübermittlung hinfällig waren.

Im April und Oktober 2009 fanden Arbeitstreffen mit allen Opferschutzbeauftragten der PDen Erfurt und Jena in der Interventionsstelle statt.

Zum ersten Treffen, welches wir nach einjährigem Bestehen durchführten, haben wir vereinbart, 2 x jährlich einen fachlichen Austausch anzustreben. Inhalt waren hier die Fallzahlen der IST von 2008 sowie die Übermittlung durch die Polizei.

Ziel dieser Veranstaltungen soll neben der intensiven Vernetzung auch die Auseinandersetzung mit bestimmten fachlichen Themen sein. In der Herbstberatung gab die Interventionsstelle ein fachliches Input zum Thema „Betroffene Kinder“. Außerdem arbeiteten wir gemeinsam zu den Themen Gefährderansprache und Umgang mit Spontanäußerungen. Auch hier wurden die Zahlen der IST mitgeteilt.

Für das Jahr 2010 wurden die Beratungsschwerpunkte festgelegt. Zum einen soll der Kontakt zur Staatsanwaltschaft in diesem Arbeitsgremium intensiviert werden und zum anderen ist 2010 die Frage zu besprechen, was das Jugendamt mit den Infos der

Polizei zu Fällen Häuslicher Gewalt unternimmt. Verantwortlich für die Organisation und Durchführung dieser Arbeitstreffen zeichnet die IST.

Auch in diesem Jahr setzten wir unseren Lehrauftrag für einen Unterrichtstag an der FH Meiningen um und stellten unsere Arbeit vor. Gleichzeitig sensibilisierten wir die BeamtInnen zum Thema und legten größten Wert in den Ausführungen auf Kooperation von Polizei und IST'n.

Justiz

Im Bereich der Justiz hat sich mit den Rechtsantragsstellen der Zivil- und Familiengerichte im konkreten Einzelfall eine sehr unbürokratische und konstruktive Zusammenarbeit entwickelt, welche auch Hemmschwellen für die Betroffenen abbaut. Insbesondere die Rechtsantragsstelle des Familiengerichts Erfurt stellte eine massive Zunahme von Anträgen nach GewSchG fest.

Die Interventionsstelle ist hier fester Bestandteil des Arbeitskreises „Cochemer Prozess“ welcher sich 6-wöchentlich unter Verantwortung des Familienrichters und stellvertretenden Direktors des Amtsgerichts trifft. Im Mittelpunkt der Arbeitsprozesse steht das Kindeswohl bei Trennung der Sorgeberechtigten.

Schwierigkeiten zeigen sich im konkreten Einzelfall bei der Beantragung und Beschlussfassung der §§1 und 2 des GewSchG. Hier stellen wir sehr unterschiedliche Arbeitsweisen und Auffassungen fest, z.B. wird in einigen Gerichten grundsätzlich kein Beschluss gefasst ohne vorherige mündliche Anhörung, was in manchen Fällen ein Ausharren in der Gewaltsituation bedeutet.

Jugendämter

In einzelnen Fällen wurde konkret zum Wohle der Kinder zusammengearbeitet. Ein Angebot zu Fortbildung zum Thema häusliche Gewalt und betroffene Kinder wurde unterbreitet, aber leider nicht angenommen.

Im Jugendamtsbereich Weimar wurde das Arbeitspapier „In guten Händen“ durch den Arbeitskreis „Frühe Hilfen“ Weimar erarbeitet und veröffentlicht. In diesen Arbeitskreis konnten wir uns aktiv einbringen und auch den Blick für den Zusammenhang Kindeswohlgefährdung und häusliche Gewalt schärfen. Der ASD des Jugendämter Jena und Erfurt bezog uns in die Arbeit konkreter Einzelfälle ein bzw. stellte Kontakt

zur IST her, um gemeinsame Hilfeangebote an die von Gewalt betroffenen Mütter heranzutragen.

Frauenhäuser / Fachberatungsstellen

Mit allen Frauenhäusern, die im Zuständigkeitsbereich liegen, fanden Treffen zur weiteren Vernetzung und Zusammenarbeit statt. Hier wurden vor allem Schnittstellen herausgearbeitet und über die Außendarstellung derart diskutiert, wie Verwirrungen über die jeweiligen Angebote bei den Betroffenen vermieden werden können. In Einzelfällen hat die IST an das/die zuständige Frauenhaus/Fachberatungsstelle weitervermittelt, um eine längerfristige Begleitung abzusichern. Hier galt es, gute Bedingungen für die Weitervermittlung zu schaffen bzw. genaue Absprachen zu treffen, damit eine weitere Betreuung auch stattfindet. In einigen Fällen wurde das Frauenhaus als Schutzraum vermittelt. Erfahrungen zur Weitervermittlung an die Frauenberatungsstellen wurden in beiden PDen gesammelt und führten in allen Fällen zur weiteren Begleitung durch die ambulante Beratung.

Gewaltkonfliktberatungsstelle „Notbremse“

In regelmäßigen Arbeitstreffen wurde die Notwendigkeit der Zusammenarbeit herausgearbeitet. Im Einzelnen bedeutete dies eine ständige Überprüfung des

Interventionsverlaufs und der Möglichkeiten der Zusammenarbeit in Einzelfällen. Die Interventionsstelle verwies in Beratungsgesprächen auf die Notbremse als Anlaufstelle für die Täter. Die Mitarbeiter der Gewaltkonfliktberatungsstelle übermittelten in einigen Fällen Opferdaten nach Einverständnis, sodass eine pro-aktive Kontaktaufnahme seitens der IST möglich war. Im Mittelpunkt stand hier die Sicherheit der Frau bei Verbleiben in der Gewaltbeziehung.

Kinderschutzdienste

Die bestehenden Kinderschutzdienste sind für unsere Arbeit ein wichtiger Netzwerkpartner in Bezug auf Beratung von Kindern und Jugendlichen. So konnten wir z.B. in Weimar, Jena und Erfurt Hilfe für Kinder und deren Mütter weiter vermitteln.

Mit den Beratungsangeboten für Kinder entwickelt sich hier auch eine Entlastung für die Mütter, so dass sich in vielen Fällen auch innerfamiliäre Konflikte zwischen Opfern von häuslicher Gewalt und ihren Kinder lösen.

AK Migration

Die Interventionsstelle ist Mitglied im Arbeitskreis Migration in Erfurt. Der von uns zu beratende Anteil von ausländischen BürgerInnen ist gering. Allerdings hat sich in Einzelfällen eine gute Vernetzung bzgl. der Vermittlung von Sprachmittlern und weiterführenden Hilfsangeboten als sehr hilfreich erwiesen.

Gesundheitswesen

Ein Gespräch mit der LÄK Arbeitsgruppe Kinder ermöglichte uns die Vorstellung unserer Arbeit, welche auch im Ärzteblatt Thüringen veröffentlicht wurde.

Im Frühsommer führte die Landeszahnärztekammer einen Fachtag zu Häuslicher Gewalt durch. Auch hier hielten wir einen Fachvortrag um Zahnärzte mit dem Thema vertraut zu machen und Kontakte herzustellen.

In Einzelfällen vermitteln Ärzte Opfer an uns oder erkundigen sich nach bestehenden Netzwerken.

Weisser Ring

Durch die Weitervermittlung an den Weissen Ring konnte in zahlreichen Fällen den Opfern häuslicher Gewalt eine Übernahme der Anwaltskosten für eine Erstberatung sichergestellt werden. Außerdem konnte in Einzelfällen der W.R. als weiterführende Begleitung vermittelt werden.

Die Interventionsstelle unterstützte die Podiumsdiskussion am Fachtag des Weissen Ringes im Juni 2009 zum Thema Stalking.

Netzwerke gegen häusliche Gewalt / Runde

Tische

In allen Runden Tischen unseres Zuständigkeitsbereiches arbeiten wir aktiv als gleichberechtigte Partner mit.

Die Struktur der einzelnen Netzwerke ist sehr verschieden. Die Häufigkeit der Netzwerktreffen reicht von zweimal im Jahr bis zu alle acht Wochen.

Während es in zwei Netzwerken hauptsächlich um den Austausch über Neuigkeiten oder Schwierigkeiten geht, vertiefen andere bestimmte Themen durch fachliche Diskussion, Fortbildungsangebote, Vorträge z.B. zu Kindern als Opfer von häuslicher Gewalt, der Arbeitsweise der Rechtsmedizin usw.

Die Interventionsstelle erläuterte die Arbeitsweise in Fällen von Stalking durch Expartner. Gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit war u. a. Bestandteil der Netzwerkarbeit wie weiter unten beschreiben.

Nur selten werden die Netzwerke für die Einzelfallarbeit genutzt. Hier werden meist kleinere Helferkonferenzen einberufen mit den entsprechend beteiligten Professionen. Die Netzwerkarbeit erachten wir als sehr wichtigen Bestandteil unserer Arbeit, zum einen um eine gute Weitervermittlung an die Kooperationspartner zu sichern und andererseits dem Thema Häusliche Gewalt ein breites Podium in der Öffentlichkeit zu verschaffen. Darüber hinaus unterstützt die fachliche Auseinandersetzung die Optimierung des Interventionsverlaufs.

5. Öffentlichkeitsarbeit

Unsere Öffentlichkeitsarbeit haben wir auch in diesem Jahr breit gefächert.

Zum einen ging es darum, die Interventionsstelle weiter als öffentlich zugängliche Beratungsstelle bekannt zu machen. Dies ist durch Pressemitteilungen in Zeitung, Fernsehen und Rundfunk geschehen.

2009 gestalteten wir einen Flyer in dem wir zum GewschG und zu Stalking informieren. Unsere Visitenkarten haben sich besonders bei der Polizei bewährt, da sie eine gute Größe haben zum Mitnehmen und Mitgeben, was sich auch in den Zahlen der durch die Polizei vermittelten Selbstmelderinnen widerspiegelt.

Der ständige Wechsel auf den Leitungsebenen der Polizei machte es erforderlich, sich bei einigen neuen PI-Leitern vorzustellen. Bei dieser Gelegenheit wurde auf die Möglichkeit von Schulungen der Dienstgruppen zum Thema Häusliche Gewalt, Stalking, Kinder als Betroffene und Interventionsstellenarbeit aufmerksam gemacht.

Das Frauenzentrum Erfurt veranstaltete für Familienhebammen, Psychotherapeutinnen, Gleichstellungsbeauftragte von Ministerien und andere interessierte Fachkräfte aus Sozial- und Gesundheitswesen einen Nachmittag zum Thema H.G. und Möglichkeiten der Interventionsstelle. Unser Fachvortrag kam sehr gut an und es wurden nachfolgende Veranstaltungen in anderen Institutionen verabredet.

An der Grundschule 31 stellten wir ein Programm zur Schulung von LehrerInnen zum Thema häuslicher Gewalt vor. Leider wurde unser Angebot nicht angenommen.

Das BWAW Thüringen sensibilisierte gemeinsam mit uns Langzeitarbeitslose zum Thema Häusliche Gewalt. Auch im Jugendrechtshaus waren wir für mehrere Gruppen wieder Ansprechpartnerinnen zum Thema Häusliche Gewalt.

Zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen war die IST an der Planung und Durchführung zahlreicher Veranstaltungen der verschiedenen Netzwerke eingebunden. In Erfurt wurde zentral eine Aktion auf dem Erfurter Anger mit dem Improvisationstheater e.V. in Form von mehreren nebeneinander gespielten Szenen zu H.G. durchgeführt. Die Netzwerkpartner verteilten Taschentücher mit den wichtigsten Telefonnummern der Hilfeeinrichtungen, begleitend strahlte Radio f.r.e.i

Radiosendungen aus, es wurden ein Kinoabend, die Lesung „Das Schweigen des Lammragouts“ und die traditionelle Kerzenaktion geplant und durchgeführt.

Das Netzwerk Jena veranstaltete ebenso für die Jenaer Bevölkerung die o.g. Buchlesung und am Rathaus fand die jährliche Kerzenaktion statt. Zwei Wochen lang war in den Jenaer Straßenbahnen das neue Netzwerkplakat mit allen Netzwerkpartnern und den dazugehörigen Telefonnummern veröffentlicht.

Der Runde Tisch gegen häusliche Gewalt in Eisenberg versammelte sich am 25.11. zum gemeinsamen Hissen der Fahnen von terre des femmes auf dem Hof des Landratsamtes.

Im Gebiet Weimarer Land wurden zahlreiche Veranstaltungen durchgeführt. So wurde die Ausstellung „Gegen Gewalt in Paarbeziehungen“ im LRA Apolda präsentiert sowie eine Buchlesung zum Thema. Ebenso fand eine Veranstaltung zu Kindern und häusliche Gewalt statt.

Die Gleichstellungsbeauftragte der Universität Jena hat gemeinsam mit dem Netzwerk Jena eine Veranstaltung zum Thema „Stalking“ initiiert, bei der die IST im Podium saß.

Gemeinsam mit dem Leiter der Landesstelle Gewaltprävention stellten wir uns den Fragen des Beirates für Frauen und Familie der Thüringer Landesregierung. In der Hauptsache handelte es sich hierbei um das Vorstellen der Arbeitsweise der Interventionsstellen und der Verortung im TMSFG.

Unsere IST hat sich zur Mitarbeit an einer Studie zu Gewalt in Beziehungen älterer Menschen bereit erklärt und an ersten Interviews teilgenommen.

6. Fortbildung und Supervision

Beide Mitarbeiterinnen haben als Team Supervision wahrgenommen, im Verwendungsjahr aufgrund organisatorischer Schwierigkeiten unregelmäßig. Fortbildungs- und Qualifizierungsangebote wurden von beiden MitarbeiterInnen zu unterschiedlichen Themen genutzt. Hierbei standen die Weiterentwicklung der beraterischen Fähigkeiten sowie der Fachaustausch auf Landes- und Bundesebene mit den verschiedensten Kooperationspartnern im Vordergrund.

Eine In-House- Veranstaltung hat unsere beraterische Kompetenz weiter gestärkt und den Blick auf systemische Herangehensweisen gerichtet. Zudem wurde das Angebot der Fortbildung zu systemischer Kurzzeitberatung wahrgenommen.

Auch beim Nationalen Treffen der Interventionsstellen, Interventionsprojekte und Beratungsstellen mit pro-aktivem Ansatz war die IST Erfurt vertreten.

Die Interventionsstelle ist seit Mitte 2009 anerkannt als zertifizierte Praktikumsstelle durch die FH Erfurt, Fachbereich Sozialwesen. Damit besteht einmal im Jahr für eine Bachelor- Studentin des o.g. Studiengangs die Möglichkeit, das viermonatige Praktikum in der Interventionsstelle zu absolvieren.

7. Ausblick

Die Schaffung der Monitoringgruppe durch die Koordinierungsstelle gegen Häusliche Gewalt war unseres Erachtens unerlässlich. Gemeinsame Arbeitskreise mit den zuständigen Ministerien erscheinen sinnvoll und können Prozesse voranbringen. Wir erwarten, dass die Monitoringgruppe den landesweiten Prozess zur Verbesserung des Schutzes für von Gewalt Betroffene begleitet und gewisse Qualitätsstandards setzt in der Zusammenarbeit der verschiedenen beteiligten Professionen. Konkret heißt dies:

Die Schnittstellen in der Zusammenarbeit der einzelnen Berufsgruppen - LehrerInnen, ÄrztInnen, RichterInnen u.a. - sollten intensiver herausgearbeitet werden, um einen fachgerechten Umgang mit den Opfern sowie eine Verbesserung der konkreten Hilfe zu erzielen.

Die einzelnen Professionen müssen in einen regen Austausch treten, um im konkreten Einzelfall den bestmöglichen Weg mit den Betroffenen gehen zu können.

Die Arbeit mit den Kindern der von häuslicher Gewalt betroffenen Frauen und Männer wollen wir zeitnah inhaltlich festschreiben. Hier muss ein für Thüringen sinnvolles Konzept erarbeitet werden, dass sich bestehender Vorgehensweisen bedient, aber auch neuen Ideen freien Raum lässt.

Der effektiven Zusammenarbeit mit der Gewalt-Konflikt-Beratungsstelle Notbremse ist im Jahr 2010 Platz einzuräumen, um das Einbinden im Interventionssystem zu stabilisieren und hier vor allem für Opfer, die sich nicht aus der Gewaltbeziehung lösen, mehr Sicherheit zu erreichen.

Wir möchten mit gezielten Aktionen weiterhin das Thema Häusliche Gewalt und die Auswirkungen auf die Opfer bewusst machen.

Erfurt, 08.06.10